

der Forschung und ihrer Apparatur so anwachsen, daß diese eine politische Größenordnung annehmen“, schreibt Bahrdt.<sup>23</sup>

Sicher sind das einige Gründe, die zwangsläufig zu Schwierigkeiten bei der „wissenschaftlichen Beratung“ der Politik führen müssen. Aber ihre Beseitigung würde dennoch nicht die grundlegende Gegensätzlichkeit, die zwischen imperialistischer Politik und Wissenschaft besteht, aufheben können. Das westdeutsche Monopolkapital verfolgt mit seiner Politik Ziele, die dem Wesen nach im Gegensatz zu den objektiven Gesetzmäßigkeiten und Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung stehen, Ziele, deren Grundanliegen es ist, den gesellschaftlichen Fortschritt aufzuhalten. Die Irrationalität dieser imperialistischen Politik kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß sie sowohl die dem imperialistischen System innewohnenden objektiven Widersprüche negiert als auch das reale internationale Kräfteverhältnis falsch beurteilt und so zu Zielstellungen kommen muß, die letztlich die Labilität des imperialistischen Gesamtsystems verstärken.

Die Bemühungen der Vertreter der Politischen Wissenschaft in Westdeutschland, die imperialistische Politik mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden zu durchdringen, um sie für die „Zukunft zu rüsten“, finden ihre Schranke, wo sie die der objektiven Entwicklung zuwiderlaufenden Zielstellungen der imperialistischen Innen- und Außenpolitik berühren. Im Hinblick auf die Versuche der Monopolbourgeoisie, ihre Politik durch Formen der Planung und die Entwicklung der Prognostik zu stabilisieren, stellte Walter Ulbricht fest: „Prognostik vom Standpunkt der Monopole und der Vertreter des kapitalistischen Staatsapparates kann letzten Endes nichts anderes bedeuten als den Versuch, sich dem Wirken der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung entgegenzustemmen. Die Planung und Prognostik der Monopole kann den antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht aus der Welt schaffen. Deshalb müssen alle wesentlichen Aussagen einer wissenschaftlich begründeten Prognostik im Widerspruch zu den Interessen der Monopole stehen.“<sup>24</sup> Unter diesem Gesichtspunkt hat die wissenschaftliche Beratung der Politik im Prinzip nur technologischen Charakter in dem Sinne, daß sie Herrschaftsinstitutionen, Herrschaftsmethoden und Verwaltungsverfahren konstruiert, die bis zu den sogenannten Human-Techniken reichen. Das ist auch jener Aspekt, unter dem der bürgerliche Demokratiebegriff gegenwärtig mit dem Ziel der verstärkten Machtkonzentration durch die Entwicklung totalitärer Herrschaftsstrukturen des Monopolkapitals umfunktioniert werden soll.<sup>25</sup>

Liegt die Grundursache des Unvermögens einer durchgängigen und wirklich wissenschaftlichen Gestaltung der Politik im Klassenwesen der imperialistischen Politik, so ist eine zweite wesentliche Ursache im Charakter der bürgerlichen Sozialwissenschaften zu sehen. Das Verhältnis zwischen der imperialistischen Politik und den bürgerlichen Sozialwissenschaften, insbesondere der Politischen Wissenschaft, wird dadurch bestimmt, daß ihre Unter-

23 a. a. O., S. 182

24 W. Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ . . . , a. a. O., S. 9

25 Bei Bracher heißt es dazu: „Aus diesem wachsenden Lager stammen denn auch die Theoretiker, die den Verwaltungsstaat als Inbegriff der Politik, seine Ausweitung und Durchsetzung gegenüber einer angeblich ineffizienten Parlamentsdemokratie sogar als Hauptanliegen der Politischen Wissenschaft betrachten, um endlich zu deklarieren, nicht auf die Erziehung der Bürger zur Demokratie und den Ausbau des Parlaments, sondern auf die Schaffung von Verwaltungskabinetten und Kommandozentralen bei der Regierung komme es an . . .“ (K. D. Bracher, Staatsbegriff und Demokratie in Deutschland, Politische Vierteljahresschrift, Köln-Opladen 1968, H. 1, S. 22). Ein Repräsentant der oben gekennzeichneten Richtung ist R. Schnur.